

## Pressemitteilung 1/2017

Berlin, 06.09.2017

Geschäftsstelle:

Kurfürstenstr. 131  
10785 Berlin  
Tel 030 • 257 937 41/42  
Fax 030 • 261 032 43  
info@forum-beratung.de

## Stellungnahmen der Parteien zu den Wahlprüfsteinen des Nationalen Forums Beratung

***Viele gute Vorsätze, aber wenig Konkretes – so könnte man die Ergebnisse der nfb-Umfrage bei den Parteien beschreiben. Es zeigt sich breite eine Zustimmung zu der Forderung nach einem flächendeckenden Ausbau, besserer Koordinierung und materieller Ausstattung sowie einer Stärkung der Qualität und Professionalität der Bildungs- und Berufsberatung in Deutschland. In den konkreten Umsetzungsstrategien unterscheiden sich die Parteien allerdings beträchtlich.***

Das nfb hat im Mai 2017 einige der bei der Bundestagswahl 2017 antretenden Parteien (CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/die Grünen, Die Linke, FDP) zu ihren Vorstellungen und Plänen hinsichtlich einer Verbesserung der Beratungsangebote im Bereich von Bildung, Beruf und Beschäftigung in Deutschland befragt. Die Ergebnisse sind im gerade erschienenen nfb-Newsletter veröffentlicht.<sup>\*)</sup>

Einigkeit besteht, dass die Bildungsberatung gestärkt und auf neue Anforderungen ausgerichtet werden muss, dass die Beratungsstellen sich stärker vernetzen müssen, um besser auf die Beratung im Lebens- und Erwerbsverlauf eingestellt zu sein, dass die Qualität, Professionalität und Effizienz von Beratung gesteigert und ggf. das Aufgabenspektrum bestehender oder im Aufbau befindlicher Institutionen (Arbeitsagenturen, Jugendberufsagenturen) erweitert werden muss, um Beratung zu bündeln und effizienter zu gestalten.

Hierzu schlagen CDU/CSU ein rechtskreisübergreifendes kommunales Bildungsmanagement vor, SPD und Bündnis 90/die Grünen setzen auf die Bundesagentur für Arbeit, die zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung umgebaut werden soll, sowie auf die Jugendberufsagenturen. Die SPD will zudem ein Recht auf Weiterbildung einführen. Freie Demokraten sehen Bildung und Bildungsberatung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und fordern ein größeres finanzielles Engagement des Bundes, das dann auch einer besseren Ausstattung der Bildungsberatung zu Gute käme.

Die Beratung zugewanderter und geflüchteter Menschen sehen alle Parteien als eine große Herausforderung. Während CDU/CSU auf die bewährten Instrumente der der Integrations- und Sprachkurse verweisen, fordern Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP eine frühzeitige, umfassende Beratung und Kompetenzerfassung schon in den Aufnahmezentren und Betreuungseinrichtungen, um die Potenziale der Neuzugewanderten früh zu erkennen und die Integration in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen. Die SPD will einen Rechtsanspruch auf Beratung bei der Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse einführen.

Die Wege zu mehr Qualität in der Beratung und einer stärkeren Professionalisierung des Beratungspersonals sehen unterschiedlich aus: SPD und Bündnis 90/Die Grünen verlangen vom Bund und den Ländern, dass diese sich auf gemeinsame Standards in der Berufs- und Studienorientierung und –beratung einigen. Bündnis 90/Die Grünen erwarten, dass sich alle beteiligten Institutionen schnellstmöglich zur Verbreitung und Implementierung von Qualitätsstandards verpflichten. CDU/CSU hingegen verweisen auf die Pluralität der Beratungslandschaft, die die Einführung einheitlicher bundesweiter Standards schwierig mache. Sie setzen auf freiwillige Zertifizierungen und den Austausch der Akteure untereinander. Keine der befragten Parteien jedoch wagt sich bei diesem Thema daran, eine gesetzliche Regelung für die Einführung verbindlicher Qualitätsstandards zu fordern – noch nicht einmal im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Fördermittel für Beratungsdienstleistungen.

Der letzte Wahlprüfstein bezieht sich auf die Frage der verbreiteten prekären Beschäftigungsverhältnisse von Beraterinnen und Beratern, die die Herausbildung von Kontinuität, Qualität und Professionalität in hohem Maße beeinträchtigen. Hierzu beziehen Bündnis 90/die Grünen und Die Linke eine klare Position: Beratung darf nicht nur Anhängsel von bildungs- oder arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen sein, sondern bedarf einer eigenen Förderstruktur. Die Linke fordert darüber hinaus, die vielfach mittlerweile ausgelagerten Beratungsdienstleistungen wieder verstärkt in die Regelangebote des Öffentlichen Dienstes zurückzuholen.

Das *nfb* begrüßt diese Ansätze und wird nach der Bundestagswahl den Dialog mit den Parteien suchen.

Kontakt: Karen Schober, Theodor Verhoeven [info@forum-beratung.de](mailto:info@forum-beratung.de); Tel.: 030/2579 3741;

Informationen zum *nfb* unter [www.forum-beratung.de](http://www.forum-beratung.de)

\*) NL 02/2017 – Schwerpunktheft Bundestagswahl 2017 [http://www.forum-beratung.de/cms/upload/NL\\_2-2017\\_final\\_CK.pdf](http://www.forum-beratung.de/cms/upload/NL_2-2017_final_CK.pdf)